

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 9

Artikel: Der Ukraine-Krieg stärkt Stellung der Schwellenländer

Autor: Ahr, Kumiko

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1052791>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Ukraine-Krieg stärkt Stellung der Schwellenländer

38 Staaten nehmen an den Sanktionen gegen Russland teil. Dazu gehören Japan, Südkorea, Singapur und Taiwan. Andere asiatische Länder balancieren zwischen den USA, China und Russland, um ihre Interessen besser verteidigen zu können. Die Bedeutung der Schwellenländer ist seit dem Ukraine-Krieg noch wichtiger geworden.

Kumiko Ahr

Während das G7-Treffen (USA, Kanada, England, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan und die EU) vom 19. bis 21. Mai 2023 in Japan stattfand, wurde in China der China-Zentralasien-Gipfel (C+C5) erstmals abgehalten. An dem von Peking initiierten Gipfeltreffen beteiligten sich die fünf zentralasiatischen Länder Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sowie China. Das Gipfeltreffen wird in Zukunft alle zwei Jahre durchgeführt. Einer Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Region wurde zugestimmt, zum Beispiel Abbau reicher Bodenschätze. Für China ist die Region sowohl für sein Projekt «One Belt, One Road» wichtig wie auch zur Stärkung seiner Präsenz in der Region gegenüber Russland. China etablierte bereits im Jahr 2000 das «Forum on China-Africa Cooperation» (FOCAC) und kommt regelmässig mit den Regierungschefs der Afrikanischen Union zusammen. In den Regionen Mittlerer Osten (China-GCC-Gipfel), Lateinamerika (China-CELAC Forum/CCF) und Südasiens intensiviert China seinen Einfluss. Peking schickte am 16. und 17. Mai 2023 seinen Sondergesandten in die Ukraine und danach nach Polen, Frankreich, Deutschland und Russland, um im Ukraine-Krieg zu vermitteln.

USA bleibt aussen vor

Auch das Gipfeltreffen der Arabischen Liga fand am 19. Mai 2023 in Saudi-Arabien statt, wobei Syrien trotz verbliebener Differenzen wieder in die Liga aufgenommen wurde. Alle 22 Mitgliedstaaten, inklusive Palästina, haben sich erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder getroffen. Mehrere Konflikte sind in der Region vorhanden, aber die arabischen Länder setzen sich zusammen, um die Probleme als regionale Angelegenheiten ohne die USA zu lösen.

Die Gipfeltreffen in Saudi-Arabien und China zeigen möglicherweise eine multipolare Welt als Gegenentwurf zum allein von den USA angeführten Weltsystem. Die BRICS-Länder versuchen, ihre Abhängigkeit vom auf dem US-Dollar basierenden Weltsystem zu reduzieren. Ein Grund dafür ist, dass die USA als Sanktion die russischen US-Dollar-Währungsreserven eingefroren

«Während der Globale Süden für einen Waffenstillstand eintritt, reden die Industrieländer über Waffenlieferungen an die Ukraine.»

haben. Die gemeinsame Handelswährung stützt sich möglicherweise auf Gold, da dessen Beschaffung aus Nicht-Industrieländern seit den vergangenen zwei Jahren sehr beschleunigt worden ist. Überdies kündigten bereits 19 Länder offiziell oder inoffiziell ihren Beitritt zu BRICS an (im April 2023). Die meisten dieser Schwellenländer des sogenannten Globalen Südens besitzen reiche Bodenschätze. Dank günstiger Energie wird ein grösseres wirtschaftliches Wachstum erwartet als in den Industrienationen.

Kluft zwischen Industrie- und Schwellenländern

Japan als Vorsitzender des G7-Treffens versuchte, die Schwellenländer, die gegenwärtig eher aufseiten von China und Russland stehen, auf seine Seite zu ziehen. Um die jetzige Weltordnung zu erhalten und noch zu

stärken, sind bessere Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens unentbehrlich. So wurden neben Australien und Südkorea, Brasilien, Indien (als Vorsitzender der G20), Indonesien (als Vorsitzender der Asean), die Komoren (als Vorsitzende der Afrikanischen Union), die Cookinseln (als Vorsitzende des Pazifischen Inselforums) und Vietnam als Gastländer eingeladen.

Auch eine Unterstützung für die Ukraine wollte von diesen Ländern gewonnen werden, was jedoch scheiterte. Der indische Premierminister Modi traf den ukrainischen Präsidenten Selenski, betonte aber, dass der Ukraine-Konflikt eine humanitäre Angelegenheit sei. Dialog und eine diplomatische Lösung seien deswegen unabdingbar. Der brasilianische Präsident Lula vermied, anders als Modi, ein Treffen mit Selenski mit der Bemerkung, dass er nicht zum Gipfel gekommen sei, um über den Krieg zwischen der Ukraine und Russland zu reden. Das sollte man bei der UNO machen. Nach G7 besprach sich Lula telefonisch mit Putin und Xi Jinping. Am 26. Mai hielt China eine Onlinesitzung zur politischen Lösung des Ukraine-Krieges mit Politikwissenschaftlern und Experten aus über zehn Schwellenländern, darunter Saudi-Arabien, Südafrika und Indonesien, ab. Während der Globale Süden über einen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg redete, sprachen die Industrieländer über weitere Waffenlieferung an die Ukraine.

Geschwächte Industrienationen und ein abwägender Globaler Süden

Was das G7-Treffen sichtbar gemacht hat, sind nur die Positionen der schwächer gewordenen Industrienationen und die der zwischen den mächtigen Ländern abwägenden Schwellenländer. Der Globale Süden baut scheinbar parallel eine neue Weltordnung auf. Obwohl diese Länder die Gefahr eines zu stark werdenden Chinas sehen, sind sie vielleicht der von den Industrieländern gefühlte aufgezwungenen Werte wie Demokratie, Freiheit etc. aus unterschiedlichen Gründen (Religion, Geschichte, Tradition) überdrüssig. Der Einfluss der G7-Länder hat deutlich abgenommen.

Worauf das Wort «De-Risking» hindeutet, heisst wohl neu eine unvermeidbare wirtschaftliche Abhängigkeit von China, da China versucht, seine Präsenz dort zu stärken, wo die Einflüsse Russlands und der USA schwächeln. Viele Länder in Asien versuchen, zwischen China und den USA eine Ba-



◀ G7-Gäste
in Hiroshima.

Bild: Aussenministerium Japan

lance zu halten. Um zu stark werdende Einflüsse Chinas auf die Region einzudämmen, könnte eine Präsenz der Inder, Russen und eventuell der USA als Gegengewicht wünschenswert sein, während dasselbe gegen die USA durch China, Russland und Indien gilt. Der indische Premier traf beispielsweise im Mai 2023 mit den Spitzen der Inselstaaten in der Südpazifikregion zusammen, um den Einfluss Indiens auf diese Region zu verbessern. Im Juni 2023 vereinbarte er eine engere Zusammenarbeit mit den USA, während China im Vorhof der USA auf Kuba angeblich eine militärische Ausbildungsstätte bauen werde.

Aufgeheizte Lage in Ostasien

In Ostasien gibt es zwei potenziell gefährdete Gebiete: Taiwan und Nordkorea. Insbesondere die USA stärken seit 2022 ihre Beziehungen mit Taiwan deutlich. Der US-Verteidigungsminister äusserte am 16. Mai 2023, dass die USA zusätzliche Waffen an Taiwan liefern.¹ US-Aussenminister Blinken meinte aber am 19. Juni, dass die USA sowohl die Unabhängigkeit Taiwans wie auch eine einseitige Änderung des Status quo nicht unterstützten. Eine Mehrheit der Taiwanesen (über 60 Prozent) denkt gemäss einer Umfrage im März jedoch, dass Taiwan mit China und den USA gute Beziehungen unterhalten sollte. Das Volk sei angeblich gegen einen Stellvertreterkrieg.

Japan plant mit dem Budget 2023 eine Vervierfachung der Waffenkäufe von den

USA, was kritisiert wurde, weil es damit nur die US-Waffenindustrie unterstütze, aber unnütz für die Landesverteidigung Japans sei. Die NATO plant im Jahr 2024 in Tokio ein Verbindungsbüro zu eröffnen. Der südkoreanische Präsident Yoon macht eine Pro-USA-Politik, ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger. Bei einem Besuch in den USA erreichte Yoon aber angeblich weder seine wirtschaftlichen noch sicherheitspoli-

«Eine multipolare Welt als Gegenentwurf zur allein von den USA angeführten Weltordnung zeichnet sich ab.»

tischen Ziele. Obwohl das Volk in Südkorea mehrheitlich für den Besitz eigener Atomwaffen ist, wurde diese Möglichkeit von den USA abgewiesen. Die USA schicken ein Atom-U-Boot nach Südkorea zur Abschreckung Nordkoreas, aber die Unsicherheit im südkoreanischen Volk ist unverändert geblieben.

Nordkorea startete am 29. Mai einen Spionagesatelliten, der aber ins Meer stürzte. Nordkorea nützt die veränderte Machtbalance zwischen China, Russland und den USA aus. China und Russland führten ge-

meinsame Seemanöver wiederholt auch um Japan durch. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind intensiviert worden. Ihr Handelsvolumen stieg seit dem Ukraine-Krieg (41% Zunahme vom Januar bis April 2023 im Vergleich zur Vorjahresperiode). Russland öffnete China ab Juni den Hafen in Wladiwostok, wo es schon lange einen russischen Marinestützpunkt gibt. Russland hat seit dem Ukraine-Krieg eine schwächere Position gegenüber China als vorher. In Ostasien stehen sich China, Russland, Nordkorea und die USA gegenüber. Das Militärbündnis Aukus könnte so verstanden werden, dass das US-geleitete Angelsachsen-Bündnis ausserhalb der ost- und südchinesischen Meere bleibt (und sich bis Guam zurückzieht), falls in Ostasien die Lage kritisch wird, obwohl die USA viele Waffen an Taiwan und Japan sowie Südkorea verkaufen. Die Länder dieser Region möchten vermeiden, in einen Konflikt analog der Ukraine hineingezogen zu werden. ■

1 Sankei News: Bei, Taiwan ni Bukikyoyokasoku, Boueishien Ohhabani tsuika, 17. 5. 2023. <https://www.sankei.com>.



Kumiko Ahr-Okutomo

Dr. phil.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Institut für Strategische Studien
8041 Zürich